

## Notizen

In seiner Ansprache an die bayerischen Bischöfe anlässlich ihres Ad-limina-Besuchs Mitte Januar wies *Johannes Paul II.* auf die *besondere Verantwortung der Moraltheologen* hin: Unklare oder gar falsche Lehrmeinungen im Bereich der Moral führten bei den Gläubigen zu besonderer Verwirrung, rascher und schwerwiegender als in Fragen von mehr theoretischem Charakter. Die Moraltheologen müßten „den authentischen Sinn der lehramtlichen Dokumente über sittliche Grundfragen – in spezieller Weise jene, welche Ehe und Familie betreffen (Humanae vitae und Familiaris consortio)“ in den Aktualitätshorizont der deutschen Gesellschaft übersetzen und für das konkrete Leben der Menschen fruchtbar machen.

In einer Erklärung zur *aktuellen Entwicklung in den Montanregionen* der Bundesrepublik plädierte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken für einen umfassenden Strukturwandel, „der neue, zukunfts-trächtige Unternehmen ansiedelt und mit ihnen neue Arbeitsplätze schafft“. Das Kernanliegen der Regionalpolitik für die Kohle- und Stahlreviere müsse sein, die Arbeit zu den Menschen zu bringen, dorthin, wo die Arbeitsplätze benötigt würden. Neben den Betrieben und Unternehmen müßten auch die Europäische Gemeinschaft, Bund, Länder und Gemeinden ihre Verantwortung für die Krisenregionen in noch stärkerem Maß gemeinsam wahrnehmen. Alle Bereiche und Ebenen der Politik müßten ihren Beitrag zum Strukturwandel leisten. Über die vorhandenen Ansätze hinaus sei ein Sozialpakt, eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Entscheidungsträger erforderlich, um den Strukturwandel sozialverträglich zu gestalten.

Mit der fünften Tagung der Kommission Anfang Januar in Rom wurde jetzt die *zweite Phase des Dialogs zwischen katholischer Kirche und Reformiertem Weltbund* abgeschlossen. Diese Gesprächsrunde hatte 1984 begonnen und beschäftigte sich vor allem mit dem reformierten und katholischen Verständnis von Kirche, wozu ein Dokument erarbeitet wurde. *Johannes Paul II.* empfing die Mitglieder der Kommission am 7. Januar. Bei dieser Audienz wies der reformierte Kommissionsvorsitzende, Prof. *Lewis Mudge*, darauf hin, daß der Dialog mit den Reformierten für den katholischen Partner sich vielleicht von dem mit Kirchen unterscheidet, die dem Katholizismus näherstünden. Die Reformierten Kirchen repräsentierten eine Gestalt des christlichen Glaubens, die sich im Prozeß des Heraufkommens der westlichen Modernität entwickelt habe. Die Erfahrung der Reformierten sei von Bedeutung für die universale Kirche.

Um den Jahreswechsel 1987/88 trafen sich in Rom auf Einladung der ökumenischen Brüdergemeinschaft von Taizé rund 25 000 Jugendliche aus allen Teilen der Welt. Im Mittelpunkt der Gespräche der Jugendlichen stand auch ein Brief aus Äthiopien, den Frère *Roger Schutz*, der Prior der Gemeinschaft, geschrieben hat. Frère Roger war im November letzten Jahres zusammen mit zwei Brüdern der Gemeinschaft nach Äthiopien gereist, um herauszufinden, welche Hilfsmaßnahmen für Kinder geleistet werden könne. Die Teilnehmer des Treffens in Rom kamen zu einem Abendgebet mit Johannes Paul II. zusammen. Außerdem wurden die Träger des sogenannten Gandhi-Preises bekanntgegeben: die Haitianerin *Marguerite Julien, Adjebouch*, eine an Lepra erkrankte Äthiopierin, sowie *Jerzy Turowicz*, Chefredakteur der in Krakau erscheinenden katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“.

In Frankreich wurde am 17.12.87 ein *nationales ökumenischer Kirchenrat* unter der Bezeichnung „Conseil d'Eglises chrétiennes en France“ gegründet. Vertreten sind in diesem Gremium Katholiken, Protestanten, Orthodoxe und die Armenische Kirche. Der Rat soll den Mitgliedskirchen vor allem die Möglichkeit geben, in wichtigen gesellschaftlichen Fragen mit einer Stimme sprechen zu können. Weisungsbefugnisse irgendwelcher Art gegenüber den Mitgliedskirchen sind ausgeschlossen. Jedes Aktivwerden des Rates setzt Einstimmigkeit voraus. Jährlich sind zunächst für drei Jahre zwei Vollversammlungen der 18 Mitglieder des Rates vorgesehen. Der Vorsitz soll reihum wechseln zwischen Kardinal *Albert Decourtray*, dem Vorsitzenden der französischen Bischofskonferenz, Pfarrer *Jaques Stewart*, dem Präsidenten der „Fédération Protestante de France“, und dem Exarchen des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, *Meletios*.

Im Alter von 87 Jahren verstarb am 17. Dezember in Nieuwegein Kardinal *Bernhard Alfrink*, von 1955 bis 1975 Erzbischof von Utrecht. Kardinal Alfrink, von Hause aus Exeget, war von Johannes XXIII. in die Vorbereitungskommission für das Zweite Vatikanum berufen worden und gehörte zum zehnköpfigen Präsidium des Konzils. In seine Amtszeit als Erzbischof von Utrecht und Vorsitzender der Niederländischen Bischofskonferenz fielen die nachkonziliaren Veränderungen und Auseinandersetzungen in der niederländischen Kirche, die zu erheblichen Spannungen mit Rom führten. Beim Trauergottesdienst für Alfrink in Utrecht sagte Generalvikar Vermeulen, Kardinal Alfrink habe sich für den „nutigen, aber

wenig ruhmvollen Weg der Mitte“ entschieden.

Evangelsingierung bezeichnete der Vorsitzende der Kommission der US-Bischofskonferenz für schwarze Katholiken, Weihbischof *John Ricard* (Baltimore), als vordringliche Aufgabe dieses neu geschaffenen Gremiums. Auf der Vollversammlung der US-Bischöfe im November war Ricard in sein Amt gewählt worden. Ricard meinte nun, man wolle die erreichen, die sonst nicht im Kontakt mit der Kirche stünden, und vor allem die ansprechen, die die Kirche verlassen hätten und zu fundamentalistischen Gruppen und anderen Kirchen abgewandert seien. Die 1986 von den US-Bischöfen beschlossene Bildung dieser Kommission bezeichnete Ricard als „längst überfällig“. Im Mai 1987 hatte ein erster Nationaler Kongreß von schwarzen Katholiken in Washington einen nationalen Pastoralplan verabschiedet. 1,3 Millionen der insgesamt 52 Millionen US-Katholiken gehören zu dieser Personengruppe.

Die *katholische Bischofskonferenz Paraguays* bezeichnete das abgelaufene Jahr 1987 als das schwierigste in den Staat-Kirche-Beziehungen seit der Machtübernahme durch General *Alfredo Stroessner* im Jahr 1954. Die Kirche, so hieß es in einer Erklärung der Bischofskonferenz, habe 1987 ihren Entschluß, die Pastoralarbeit an der Realität des Landes zu orientieren, noch stärker umgesetzt. Ihr Engagement im sozialen Bereich und vor allem ihre Bemühungen um einen nationalen Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen des Landes habe ihr von seiten der Regierung den Vorwurf eingetragen, „politisch und damit unvereinbar mit der kirchlichen Sendung“ zu arbeiten. Die offensichtliche Uneinigkeit in der Gesellschaft, ständige Auseinandersetzungen und ein Verfall der öffentlichen wie privaten Moral machten aber, so die Bischöfe, den Dialog besonders notwendig.

### Berichtigung:

Durch einen technischen Fehler sind bei unserer Dokumentation der römischen Stellungnahme zu Lima im Januarheft 1988 der HK einige Zeilen durcheinandergelassen: Auf Seite 35 müssen die 24. und 25. Zeile von unten der rechten Spalte richtig heißen: „... Lehre die Wandlung der Elemente ein Glaubensgegenstand ist, der nur in bezug auf das ‚Wie‘ dieser inneren Umwandlung ...“

### Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt das Jahresregister 1987 bei.